

BRONSKIS WOCHE

Wieder eine Woche rum im Homeoffice! Zum Glück ist es jetzt nicht mehr ganz so tristlos wie im Winter, auch wenn die Temperaturen noch nicht unbedingt an Frühling denken lassen. Darum auch hat die konkrete Arbeit an meinem „Bienen Garten“ noch nicht begonnen. Aber immerhin nehmen die Pläne Kontur an.

Bienen Garten? Was hat Bronski da vor? Nun, so sieht das Projekt aus: Mitten in der Offenbacher Innenstadtwüste, zwischen versiegelten Innenhöfen und asphaltierten Parkplätzen, will ich meinen kleinen Garten – die Rede ist von rund 100 Quadratmetern – so gestalten, dass er zur Oase für Insekten und Kleinvögel wird. Dazu braucht es nektarspendende Blühpflanzen, sparrige Blühsträucher – am besten solche, die Früchte tragen, um Vögel zu nähren – und ruhige Zonen wie Totholzhäufen. Erste Pflanzen wurden bereits gekauft. Als nächstes geht's, sofern das Wetter mitspielt, ans Umgraben.

Haben Sie Tipps und Vorschläge? Auf das Totholz brachte mich Blog-Userin maat. FR-Leserin Waltraud Söhnel empfiehlt die Säckelblume (Ceanothus) als ideale Insektennährerin. Lesen Sie hier und reden Sie mit: www.frblog.de/garten-01
Ihr Bronski



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210315

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die digitale Diskussion „Kommunalwahl in Hessen. Ergebnisse und Perspektiven“ der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen mit dem Soziologen Philipp Scherer und dem hessischen Grünen-Landesvorsitzenden Philip Krämer. Unter boell-hessen.de/youtube
Mittwoch, 25. März, 19 Uhr

Tobias Schwab moderiert das digital übertragene Forum Entwicklung zum Thema „Lernen aus der Pandemie – Wie gelingt Bildung für alle?“. Auf dem Podium: Peter-Matthias Gaede (Vorstand Unicef Deutschland), Prof. Annette Scheunpflug (Uni Bamberg, Studiengang „Bildungsqualität in Entwicklungsländern“), Melanie Stilz (Expertin für Digitalisierung und Entwicklungszusammenarbeit), Michael Holländer (Kompetenz-Center Bildung der GIZ). Anmeldung unter forumentwicklung@giz.de
Der Zugangslink wird dann zugeschickt.
Dienstag, 30. März, 18.30 Uhr

SORRY

Die Tasten einer Computertastatur haben die Eigenschaft, nebeneinander aufgereiht zu sein. Meist ist das praktisch, weil der eilende Finger auch dann die richtige Taste findet, wenn das Auge nicht hinschaut... Okay, funktioniert nicht immer. Also: Die Mainzer Republik wurde 1793 ausgerufen, nicht 1783, wie es in unserem Artikel „Dezente Stätte der Demokratie“ stand (18.3., S.26).

Die wahre Autorität dieser Tage ist das Virus

Föderalismus in Zeiten der Pandemie: „Mensch, Staat!“ und „Gleichklang gesucht“, FR-Meinung vom 12.3. und 9.2.

Brandgefährliche Weichspülersprache

Und wieder lockte Armin Laschet im Februar mit Corona-Lockerungen. Das war schon im letzten Jahr so. Als Nordrhein-Westfale kennt man das und ärgert sich wieder über diesen Landesvater. Aber es gibt einen Unterschied: Jetzt ist der Ministerpräsident auch noch Vorsitzender der CDU. Sein Wort gibt Richtung vor. Und dieses Wort von der „Erfindung neuer Grenzwerte“ unterstellt eine Beliebigkeit der Aussagen der Berliner Treffen, an denen auch Armin Laschet teilnimmt.

Brandgefährlich ist diese, seine Weichspüler-Kommunikation. Das war sie am Anfang der Pandemie. Noch gefährlicher war sie im Oktober, als überall die Light-Maßnahmen helfen sollten, stattdessen aber die zweite Welle mächtig beschleunigt wurde. Bis heute sterben – weniger als vorher, aber immer noch – Hunderte, und Tausende infizieren sich neu.

Das Virus schert keine Inzidenz. Es braucht Nähe – je mehr desto besser. Das wissen wir und daher müssen wir uns leider aus dem Weg gehen und eben nicht vom ersten Tag an das fragile Miteinander von Mensch und Virus auf zu harte Proben stellen, sondern in kleinsten Schritten das Risiko überschaubar halten. Denn – machen wir uns nichts vor – die wahre Autorität in diesen Tagen sind nicht Kanzlerin und Ministerpräsident:innen, sondern ist das Virus. Es gibt vorerst noch den Takt vor. Solange das Impfdebakel nicht in ein Impfspektakel mündet, ist Vorsicht geboten. Und eben keine lockere Nachsicht.

Bertram Münzer, Gütersloh

Wenn jeder Landesfürst sein eigener Herr sein will

Das Grundgesetz – also die Verfassung – der Bundesrepublik Deutschland basiert auf den Vorgaben (Forderungen) der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Sie wollten zwingend verhin-

dern, dass Deutschland (wieder) ein übermächtiger Staat in Mitteleuropa wird. Das ist ihnen gelungen, wie wir immer wieder und ganz besonders heute auf unzähligen Gebieten vorgeführt bekommen – durch die erzwungene Aufteilung in ein föderales System.

Nun ist eine Föderation an sich nichts Schlechtes, und es gibt durchaus Gründe für unterschiedliche Regelungen in Abhängigkeit von bestimmten regionalen Besonderheiten oder mit Bezug auf gewisse überregionale Gestaltungen. Aber es gibt auch eine Vielzahl von Problemfeldern des gesellschaftlichen Lebens (sie sind hinlänglich bekannt und oft genug genannt worden), die vernünftigerweise für die gesamte Bundesrepublik einheitlich geregelt werden sollten. Eine solche Einheitlichkeit kann durchaus auch zu Variationen führen, wenn man gemeinsam abgestimmte Parameter zugrundelegt.

Doch wenn jeder „Landesfürst“ darauf besteht, sein eigener Gestalter – um nicht zu sagen Gebieter – sein zu wollen, ist ein einheitliches Vorgehen in Gesamtdeutschland praktisch ausgeschlossen. Und die Abgeordneten in den diversen Landesstrukturen sind ihm dabei natürlich behilflich, ansonsten könnte man ja auf einige von ihnen verzichten.

Ein Aspekt betrifft auch die bisher gescheiterten Bemühungen um die Reduzierung der Abgeordnetenzahl im deutschen Bundestag. Es wäre wirklich nicht schwer – trotz Beibehaltung des etablierten Verhältniswahlrechts – die Zahl der Wahlkreise entsprechend zu reduzieren. Aber damit riskieren die darüber befindenden Abgeordneten, dass der/die eine oder andere kein Mandat (inklusive aller damit verbundenen Vorteile) mehr erhält.

Ob es einen vernunftgeleiteten Weg aus diesem gesamten Dilemma gibt, kann ich nicht einschätzen. Eine Verfassungsänderung wäre eine Möglichkeit. Vermutlich ist sie aber eine

Fiktion, denn darüber müssten gerade jene Abgeordneten befinden, die ...

Wir brauchen keine Staatskrise, die vielleicht eine Neuregelung erzwingen würde.

Klaus-Rainer Schulze, Neuberg

Der Zivilschutz ist Bundessache

Zur Abwehr der Corona-Krise hat sich der deutsche Föderalismus abermals (wie bei den Pisa-Tests in den Schulen) nicht mit Ruhm bekleckert. Im Grundgesetz ist das Verhältnis zwischen Bund und Ländern geregelt. Es gibt die ausschließliche Gesetzgebung Art.73 GG und die konkurrierende Gesetzgebung Art.74 GG. Ausschließlich regelt u.a. der Bund in Art.73 (1) Ziff. 1 „die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung“; in Art.74 GG konkurrierend in Ziffer 19. „Maßnahmen gegen gemeingefährliche oder übertragbare Krankheiten bei Mensch und Tieren“. Seit 1956 gibt es ein Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Der Zivilschutz ist Bundessache.

Nach der „herrschenden Meinung“ die nicht richtig sein muss, ist die Gefahrenabwehr gemäß Art.70 GG Ländersache, es steht aber so nicht im Art.70; er sagt lediglich aus, dass die konkurrierende Gesetzgebung nur zutrifft, so weit nicht der Bund die Zuständigkeit in Anspruch nimmt.

Jeder würde laut lachen, wenn z.B. die Verteidigung Ländersache wäre, das gleiche gelte doch auch für den Schutz der Zivilbevölkerung; Er ist ausschließlich Bundessache. Denn darum handelt es sich bei der Corona-Abwehr doch, da es keine Grenzen kennt. Der Bund kann per Gesetz die Zuständigkeit an sich ziehen. Wieso wird das aufgrund der jetzigen Erfahrungen nicht sofort erlassen? Um die Inkompetenz der Länderregierungen weiterhin zu schützen? Konrad Mohrmann, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/foederalismus

Bobic hat ohne Absprache Fakten geschaffen

Eintracht Frankfurt: „Aufsichtsrat nimmt Bobic an die Kandare“ und „Alles eine Frage der Kohle“, FR-Sport vom 11. und 12.3.

Ja, Fredi Bobic hat in den letzten Jahren einen sehr guten Job für Eintracht Frankfurt gemacht, sie sportlich nach vorne gebracht und uns viel Freude bereitet hat. Letztlich handelte es sich aber auch nur um eben dies, einen hoch dotierten vertraglich vereinbarten Job. Auch wenn Bobic diesen Job besser erledigt hat als z.B. seine Kollegen Jochen Schneider oder Horst Heldt, ist dies noch lange kein Grund für Eintracht Frankfurt, in absolute Demut zu verfallen.

Es ist durchaus legitim, sein Leben an seiner Familie oder anderen Prioritäten auszurichten. Nur darf ich mich dann eben nicht vertraglich auf längere Zeit binden, wenn ich nicht absehen kann, ob ich bereit bin, einen

solchen Vertrag auch zu erfüllen. Interessant ist zudem die Erkenntnis, dass er nach Jahren unbedingt mit seiner Familie in der gleichen Stadt leben möchte, da ein windiger Investor in Berlin mit Millionen winkt.

Wenn ich dann trotzdem einen bestehenden Vertrag vorzeitig und einvernehmlich auflösen möchte, gebietet es der Anstand, dieses Thema intern und vertraulich mit den Verantwortlichen des Vertragspartners zu besprechen. Was aber macht Bobic? Er lässt sich in einer Talkrunde in der ARD gezielt nach seinem Abschied aus Frankfurt befragen, um einseitig, ohne vorherige Absprache mit dem Verein, öffentlich Fakten zu schaffen, die es Eintracht Frank-

furt eigentlich unmöglich machen, ihn weiter zu beschäftigen. Als Sportvorstand hat er sich selbst verbrannt. Damit ist Eintracht Frankfurt gezwungen, sich von Bobic zu trennen, was die Verhandlungsposition des Vereins extrem schwächt.

Das oben geschilderte Verhalten von Bobic ist weder professionell noch abgezockt und schon gar nicht menschlich motiviert, sondern unseriös, schäbig und vor allem charakterlos. So lange sich exponierte Akteure aus Politik und Sport in aller Öffentlichkeit so schamlos und unehrenhaft verhalten, dürfen wir uns über einen Werteverfall in der Breite der Gesellschaft nicht wundern.

Frank Diergardt, Frankfurt